

Anmerkungen zu einem Bürgergeld bzw. bedingungslosem Grundeinkommen

Gerald Mackenthun, Berlin

(Begonnen März 2009, Ergänzungen 2010 und August 2011)

Inhalt

Das Prinzip	1
Vorteile	3
Nachteile	4
Wahrscheinliche psychologische Entwicklung	6
Wahrscheinliche wirtschaftliche Entwicklung	7
Ungelöste Fragen.....	8
Grundsicherung Hartz-IV	9

Das Prinzip

Seit Anfang 2009 verstärkt sich eine seit längerem bestehende Debatte über den Vorschlag, allen Einwohnern der Bundesrepublik ein so genanntes Bürgergeld bzw. ein Grundeinkommen zu zahlen, unabhängig von ihrer Bedürftigkeit und ihren Bedürfnissen. Götz Werner, der die Drogeriemarkt-Kette "dm" gründete, setzt sich seit einigen Jahren dafür ein, dass jeder Bürger von Geburt an ein verfassungsrechtlich garantiertes Grundeinkommen in Höhe von 800 Euro pro Monat erhält. Das Fernziel seien 1500 € im Monat, egal ob jung oder alt, bedürftig oder nicht, ob man arbeitet oder nicht. Etwaiges Einkommen soll nicht auf das Grundeinkommen angerechnet werden. Dafür entfallen alle sozialen Leistungen, die man bisher kennt: das Arbeitslosen- und das Kindergeld und die Sozialhilfe. Finanzieren lasse sich das Modell über eine Konsumsteuer, vergleichbar mit der Mehrwertsteuer. Andere Steuern wie die Einkommenssteuer fallen weg. Soweit das Modell von Werner.

Im Juli 2009 erschien im christlichen Monatsmagazin *Chrismon* ein zustimmender Artikel¹, aber mit etwas anderer Berechnung: Erwachsene sollten 750 Euro erhalten, Kinder 250 Euro. Der Steuersatz wird auf einheitlich und durchgängig 35 Prozent vom Bruttoeinkommen festgelegt. Würde ein Erwachsener 3000 Euro brutto verdienen, würde von der Einkommenssteuer von 1050 Euro das Grundeinkommen von 750 Euro abgezogen, d.h. die tatsächliche Steuerlast betrüge 300 Euro monatlich. Das Sozialversicherungssystem bleibt teilweise in Kraft für all jene, die mehr als das Bürgergeld verdienen; Mehrverdiener müssen nach wie vor Steuern bezahlen und in die Rente einzahlen. Aber vieles fällt weg: Arbeitslosengeld, Bafög, Pflegeversicherung, Krankengeld (es sei denn, man will sich höher versichern). Finanziert wird die Reform mit dann möglichen Einsparungen bei den Sozialversicherungen und mit erhöhten Steuern auf hohe Einkommen, Erbschaften, Luxusgüter und Vermögen. Das Bürgergeld müsse gekoppelt werden an einen flächendeckenden Mindestlohn. Sonst würde der Arbeitgeber in Versuchung kommen, das Grundeinkommen vom Stundenlohn abzuziehen.

Ein wieder etwas anderes Modell legte das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) im März 2007 vor.² Es argumentiert: Der Staat zahlt Transfers und verteilt Steuervorteile. Insgesamt gibt der Staat rund 700 Milliarden Euro (im Jahr 2004) für soziale Leistungen aus, das sind ungefähr 8400 Euro pro Jahr und Einwohner (oder 700 Euro monatlich). Diese Summe stünde bei einem vollständigen Systemwechsel und einem ebenso vollständigen Verzicht auf alle heute im Rahmen des Sozialbudgets finanzierten Leistungen (inklusive der Kosten der Sozialbürokratie) für ein steuerfreies Grundeinkommen zur Verfügung. Das übrige Einkommen wird mit einem einheitlichen Steuersatz (flat tax) versteuert, der noch berechnet werden

¹ Wolfgang Storz: »Grundeinkommen für alle?«, *Chrismon*, Heft 07/2009, S. 42f.

² Ingrid Hohenleitner/Thomas Straubhaar, Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld - mehr als sozialutopische Konzepte, in: gleichnamiger Studie des HWWI, Thomas Straubhaar (Hrsg.), Hamburg 2007, <http://hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/Grundeinkommen-Studie.pdf> (15.10. 2007). Siehe auch <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/51-52/beilage/002.html#3>

müsse, um die Reform kostenneutral zu halten. Das heißt unter anderem: Es gibt keine Steuerfreibeträge mehr und keine Bemessungsgrenzen, die Rentenversicherung wird ebenso aufgelöst wie die Arbeitsämter und die Sozialämter. Krankenversicherung und Krankenversicherung hingegen existieren weiter. Der Vorteil sei eine enorme Vereinfachung des gesamten Sozialsystems und eine noch nie da gewesene soziale Sicherheit. Jeder noch so kleine Hinzuverdienst lohnt sich.

Das HWWI errechnete, dass sich ein Grundeinkommen von 800 Euro monatlich mit einem einheitlichen Lohn- und Einkommenssteuersatz von 61 Prozent finanzieren ließe; die Sozialabgaben wie Renten- und Arbeitslosenversicherung fallen ebenso weg wie die Lohn- und Einkommenssteuer. Die Berechnung geht von einem gleichbleibendem Staatshaushalt und einer Nettoneuverschuldung von Null Euro aus. Derzeit schwankt der Steuersatz je nach Einkommen zwischen Null und 43 Prozent. Schon heute liegt die durchschnittliche Belastungsquote für das Arbeitnehmerbruttoeinkommen bei rund 50 Prozent (Sozialabgaben plus Steuern).

Im Werner-Modell wird keine Einkommensteuer mehr bezahlt, doch die Umsatz- beziehungsweise die Mehrwertsteuer müsste stark steigen. 2008 nahm die Bundesrepublik an Einkommen- und Lohnsteuer 174 Mrd. Euro ein. Die Umsatz- und Mehrwertsteuereinnahmen lagen 2008 bei 176 Mrd. Euro³. Das bedeutet, dass die Mehrwertsteuer (derzeit 19 %) auf ungefähr 35 bis 36 Prozent fast verdoppelt werden müsste. Das heißt, die Güter auch des täglichen Lebens werden sich spürbar verteuern. Single-Haushalte werden möglicherweise Probleme bekommen, ihr Leben mit 800 Euro zu fristen, während vierköpfige Familien mit 3200 € steuerfrei gut über die Runden kommen sollten.

Götz Werner hat im September 2010 zusammen mit der früheren Berliner Kultursenatorin Adrienne Goehler seine Vorstellungen erneut in einem Buch verbreitet. Jetzt heißt es: *1000 Euro für jeden. Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen* (Berlin 2010, Econ Verlag). Der zentrale Satz dort lautet: „Das bedingungslose Grundeinkommen könnte die Errungenschaft des 21. Jahrhunderts werden, die am menschlichen Vermögen, den Fähigkeiten und Möglichkeiten der Einzelnen anknüpft – an dem Wunsch aller, Resonanz erzeugen zu wollen, gemeint zu sein, gebraucht und geliebt zu werden.“

Neben Götz Werner propagiert der frühere Spitzenbanker Klaus Wellershoff die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Es ist interessant, dass sich dafür Menschen einsetzen, die sich durch ihr Vermögen schon längst von dem Zwang befreit haben, mit regelmäßigem Gehalt ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Auch Wellershoff glaubt, dass ein Bürgergeld die Menschen selbstständiger mache, weil jeder sein Leben in die Hand nehmen könne (Tagesspiegel Berlin, 16. August 2011, S. 3). Wellershoff war Leiter der Anlagestrategie bei der Schweizer Bank UBS. Angeblich warnte er vor der Überhitzung des amerikanischen Immobilienmarktes, während die UBS weitere Immobilienkredite aufkaufte. 2008 kam dann der Absturz, die Bank brauchte eine vorübergehende Finanzunterstützung von 60 Milliarden Dol-

³ Haverkamp, Lutz (2009): »Was ist das Steuersystem?« In Tagesspiegel Berlin, 03.05.2009, S. 2

Iar. Wellershoff verließ die UBS 2008 und wurde Unternehmensberater.

Die Linken und die Gewerkschaften sind übrigens gegen ein Bürgergeld. Linke und Sozialisten behauptet seit Karl Marx, dass sich der Mensch über seine Arbeitsleistung, und nur über diese definiere. Ihm die Arbeit wegzunehmen, indem man ihm Geld aufs Konto ohne Gegenleistung packt, kommt für sie nicht infrage. Ebenso die Gewerkschaften. Sie kümmern sich um jene, die Arbeitsplätze haben. Bei einem bedingungslosen Grundeinkommen würden viele erst einmal ihren Job an den Nagel hängen, was die Zahl der Gewerkschafter mit ziemlicher Sicherheit drücken wird. Ein weiteres Argument der Gewerkschafter lautet, dass Unternehmer leichter Mitarbeiter entlassen, weil diese ja abgesichert sein.

Vorteile

Die Befürworter des Bürgergeldes oder des Grundeinkommens betonen, er befreie mit einem Schlag vom Zwang zur Erwerbsarbeit, vor der Angst vor Arbeitslosigkeit und vor der Demütigung, ein Hartz-IV-Empfänger zu sein. Die Sozialapologeten empfinden die Scham, auf Kosten jener zu leben, die das Hartz-IV-Geld erwirtschaften, als unzumutbare Demütigung. Mit dem Bürgergeld würden keine Almosen verteilt, sondern ein gutes Recht umgesetzt, das Recht auf ein auskömmliches Leben. Mit einem staatlichen Aliment werde die Stigmatisierung aufgehoben, da jetzt alle dieses Geld erhalten und alle gleich seien (alle gleich stigmatisiert sind?).

Sie sagen, mit dieser staatlichen Zuwendung erhöhe sich der Freiheitsgrad der Bürger in großem Umfange. Ein jeder könne viel freier als derzeit entscheiden, wo und in welchen Projekten er mitarbeiten möchte. Der Zwang zur Erwerbstätigkeit entfalle, jeder könne jeder Art von Tätigkeit nach eigenem Gusto ausüben, auch Ehrenarbeit oder Familienarbeit. Das Ausüben von Talenten werde nicht mehr durch den Zwang zur Erwerbsarbeit behindert. Es wird viel mehr Zeit für Bildung und Weiterbildung vorhanden sein. Die Kosten für Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Sozialbürokratie auf Stadt-, Land- und Bundesebene würden ersatzlos wegfallen und enorme Einsparungen bei den Staatsausgaben bewirken. Vor allem aber: Die zermürbende Angst vor Arbeitslosigkeit würde faktisch verschwinden, da das Grundeinkommen garantiert ist. Jede Arbeit, die mehr einbringt als das Grundeinkommen, lohnt sich. Jeder, der nicht arbeiten will oder kann, hat immer noch ein bescheidenes finanzielles Fundament, das größer ist als das jetzige Hartz-IV-Geld. Wolfgang Storz: „Das Grundeinkommen beruhigt, vertreibt Angst, entgiftet die Gesellschaft.“ Arbeitnehmer könnten häufiger Nein sagen zu miesen Jobs. Wir werden eine Renaissance der Hausmusik und des Liebhabertheaters erleben, weil jetzt ausreichend Zeit und Muße vorhanden sind.

Die Befürworter hoffen, dass mehr Menschen als heute ihre Kreativität entfalten, was sich in einer Welle von Initiativen und Firmengründungen niederschlagen wird. Es würden genauso viele Menschen arbeiten wie heute, da der Mensch die Veranlagung habe, tätig zu sein. Wenn, dann gäbe es nur noch gewollte oder freiwillige Arbeitslosigkeit. Teilzeitarbeit wird

gefördert, da das Grundeinkommen eine Vollbeschäftigung für viele unattraktiv macht. Gleiche Arbeit würde auf mehr Menschen verteilt, die Erwerbsquote steigt. Mehr Menschen hätten mehr Zeit für soziale Tätigkeiten oder für Weiterbildung. Im Bereich schlecht bezahlter Arbeit wird es zunächst einen Arbeitskräftemangel geben. Etwaige Nachteile werden von den Befürwortern nicht diskutiert.

Nachteile

Die Argumente dagegen lauten folgendermaßen: Nicht alle Menschen, vermutlich nicht einmal die Mehrheit, kann mit dieser Freiheit etwas anfangen. Freie Zeit ist problematisch, solange sie den Menschen der Freiheit der Selbstbestimmung ausliefert. Er ist gezwungen darüber nachzudenken, was er tun *will*. Wird keine befriedigende Antwort gefunden, flüchtet der Mensch aus der Freiheit in den Konformismus (das tun, was andere tun), in die Unterwerfung (das tun, was andere von einem wünschen) oder in die Passivität (gar nichts mehr tun). Zum Zynismus gesellt sich oftmals der Nihilismus; man diskreditiert alle Sinnversuche der Anderen. Noch häufiger als die Aktivität ist das Dahinvegetieren, ein niedriges Aktivitätsniveau, das sich damit begnügt, täglich mehrere Stunden vor dem Fernsehgerät oder dem Laptop zu verbringen, weil man mit seiner Zeit nichts anzufangen weiß. Diese Menschen führen die Routine ihres Lebens lustlos aus und entwickeln keinerlei Anstrengungen, um Freunde oder ein Partner zu finden, um anderen eine Freude zu machen, und sie haben keinerlei Interessen an sportlichen oder kulturellen Aktivitäten.

Hunderttausende entlassene Staatsbedienstete werden sich überflüssig vorkommen und frustriert sein. Die Angst vor Arbeitslosigkeit schwindet, aber die Angst vor Bedeutungslosigkeit wächst: Was gelte ich noch ohne Job? Erwerbsarbeit bedeutet, zusammen mit anderen zu sein und gebraucht zu werden. Erwerbsarbeit strukturiert den Tag, die Woche, das Jahr, ohne dass man sich um die sinnvolle Verwendung dieser Zeit groß Gedanken machen muss. All das fällt weg.

Nicht alle möchten in Projekten mitarbeiten. Ich schätze, es ist ein Drittel. Nicht alle möchten „Resonanz“ erzeugen, viele fürchten sich sogar davor, denn es bedeutet, wichtig zu werden und Verantwortung auch für andere zu übernehmen. Ich schätze, weniger als die Hälfte der Bevölkerung hat das gelernt. Viele, vielleicht die Hälfte der Bevölkerung, kann sich nicht „sinnvoll beschäftigen“, wie man das auch definieren mag. Und wie viele haben tatsächlich Talent, das zur Entfaltung drängt? Und wenn doch, wie stark wird die Resonanz sein? Nicht alle Menschen sind gebildet genug, den neuen Freiraum zu nutzen.

Neugierde oder die Fähigkeit zur Selbstmotivation sind wichtige Voraussetzungen, um mit der freien Zeit etwas anzufangen. Nur ein gewisser Teil der Bevölkerung wird dazu fähig sein. Und warum noch zur Schule gehen und lernen, wenn der Staat später bedingungslos und ohne weitere Auflagen ein Grundeinkommen sichert? Die Aussicht auf eine weitgehende Lustlosigkeit der Schülerschaft, noch umfangreicher lustlos als jetzt schon, ist mit die fürch-

terlichste Vorstellung, die sich mit dem Grundeinkommen verbindet. Kleine Kinder sind neugierig, aber mit der Zeit steigt das Niveau und das Lernen wird schwieriger. Es ist zu befürchten, dass die Zahl der Schüler höherer Schularten in den ersten Jahren sinken wird. Ein sinkender Bildungsstandard ist verheerend für ein Land wie die Bundesrepublik, das auf Intelligenz angewiesen ist. Und wird es noch genügend Lehrer geben, die eine demotivierte Schülerschaft unterrichten will?

Das ist der psychologische Haupteinwand gegen das Grundeinkommen: es wird mehrere Millionen Bundesbürger demotivieren sich zu bilden und zu arbeiten. Vielen Menschen wird mehr Freiheit ermöglicht, was bedeutet, sie werden ruhiggestellt. Für viele wird die Alimentierung eine Entmutigung bedeuten, da sie ohne Gegenleistung, das heißt ohne Anstrengung überwiesen wird. Die Empfänger sind Schnorrer. Die Maßnahme ist, bei Licht besehen, nichts anderes als eine Demütigung, die sich Dummköpfe als Wohltat andrehen lassen.

Die Skeptiker bezweifeln eine nennenswerte Entfesselung von Kreativität. Viele wissenschaftliche Untersuchungen und die tägliche Erfahrung zeigen, dass Arbeitslose, die über eigentlich viel Zeit verfügen, diese wesentlich weniger nutzen können, als Menschen, die im Berufsleben stehen. Die Aktivität im Berufsleben korrespondiert mit einer Aktivität im privaten Bereich. Der Philosoph Peter Sloterdijk formulierte: Wenn der Mensch sich von Geburt an auf eine Alimentierung einstelle, komme seine Seele nicht darüber hinweg. Arbeit ist einer der wichtigsten Dinge im Leben des Menschen. Was soll man sonst den ganzen Tag machen? Was wäre der Lebensinhalt? Erwerbsarbeit gibt einem neben dem Geld eine gewisse Befriedigung und man fühlt sich gut, etwas Sinnvolles geschafft zu haben.

Das Bürgergeld stellt die demokratische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung grundsätzlich in Frage, die auf Lernbereitschaft, Leistung, Einsatz und Kreativität beruht. Zur Menschenwürde gehört es, dass der Mensch zur Selbsthilfe und zur Selbstverantwortung fähig ist und sich beschämt fühlt, wenn er auf Kosten anderer Leute, sei es auch über staatliche Alimente, lebt. Bisher gilt, dass den Empfängern solcher staatlichen Geschenke ohne Gegenleistung es nicht erspart werden darf, diese Situation als schmerzlich zu empfinden. Eben dies spornt einen Teil von ihnen an, aus dieser unwürdigen und ungerechten Lage wieder herauszukommen. Diese Scham wird auch bei einem bedingungslosen Grundeinkommen den Empfängern nicht erspart bleiben. Sie leben auf Kosten jener kleiner werdenden Gruppe von Bürgern, die das Bürgergeld erwirtschaften.

Das Bürgergeld wird zu schweren Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt führen. „Wer wäre noch bereit, sich monatlich 160 Stunden in Erwerbsarbeit abzumühen, wenn er 1000 Euro netto vom Staat für Nichtstun erhält?“⁴ Gerade marginale Einkommensgruppen würden sich vom regulären Arbeitsmarkt abwenden. Viele junge Leute würden die Anstrengung einer Ausbildung, vermutlich schon die Schulbildung, scheuen. Millionen von Menschen ohne Bildung, ohne Ehrgeiz und ohne berufliche Sozialisation wachsen heran, die kaum wissen, wie sie ihre Zeit totschiessen sollen.

⁴ Philip Plickert: »Geld fürs Nichtstun«. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. November 2010, S. 12

Wahrscheinliche psychologische Entwicklung

Es gibt bislang noch keine seriösen Schätzungen über die psychologischen Folgen einer flächendeckenden Alimentierung. Aber es gibt Untersuchungen, die auf mögliche Ergebnisse hinweisen.

Eine mögliche und sinnvolle Unterscheidung zwischen Personengruppen ist der sozioökonomische Status: hoch, mittel, niedrig. Deutschland ist ein Land, in dem soziale Unterschiede Unbehagen hervorrufen, mehr als in anderen Ländern. Die große Mehrheit wünscht keine zu ausgeprägten sozialen Unterschiede. Eine Mehrheit scheint die bestehenden Unterschiede jedoch viel zu groß zu halten und fürchtet, dass sie weiter anwachsen werden. Das Institut für Demoskopie (Allensbach) befragt in unregelmäßigen Abständen eine repräsentative Auswahl der Bevölkerung nach ihrer Selbsteinschätzung, was die eigene wirtschaftliche Lage angeht. Seit 2009 steigt die Gesamtzufriedenheit wieder ein wenig, aber in der Unterschicht sind nur 23 Prozent mit ihrem Status zufrieden, in den Mittelschichten sind es 41 Prozent und in den hohen Schichten 70 Prozent (Stand jeweils Sommer 2011)

Eine Steigerung der Lebenshaltungskosten trifft die sozialen Schichten natürlich unterschiedlich. Während sich die Oberschicht von der Entwicklung der Löhne und Gehälter abgekoppelt hat, sinkt seit 1999 das frei verfügbare Einkommen der Unterschicht. Die Mittelschicht verzeichnet im selben Zeitraum nominale Zuwächse, real aber leichte Netto-Verluste. (Zur Oberschicht werden 20 Prozent der Erwerbstätigen gerechnet.)

Auch in Bezug auf ihre Interessen, Lebensstile, Weltanschauungen und Alltagskultur bewegen sich die sozialen Schichten voneinander weg. Die starke Gesundheitsorientierung ist vor allem ein Phänomen der Oberschicht. Diese treiben mehr Sport und ernähren sich bewusster. Als beunruhigend bezeichnen die Demoskopien, dass insbesondere bei Jüngeren aus den unteren sozialen Schichten das Interesse an Politik, Wirtschaft oder Kultur steil abgesunken ist. 32 Prozent der unter 25-Jährigen aus der Unterschicht interessieren sich noch für Politik, gegenüber 65 Prozent in der Oberschicht. Die Oberschicht hielt es schon immer für wichtig, sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen, sich darüber mit anderen auszutauschen und eventuell aktiv zu werden.

So kann es nicht überraschen, dass auch die Lesekultur unterschiedlich ausgeprägt ist. 25 Prozent der unter 30-Jährigen mit höherer Schulbildung lesen weniger als einmal im Monat ein Buch, bei den unter 30-Jährigen mit einfacher Schulbildung stieg dieser Anteil in den vergangenen zehn Jahren von 40 auf 60 Prozent. Unterschichtkinder empfinden Lesen überdurchschnittlich oft als anstrengend. 17 Prozent der Eltern aus der unteren Schicht besuchen mit einer gewissen Regelmäßigkeit Buchhandlungen, aus der oberen Schicht sind es 65 Prozent.

Dafür wird in der unteren Schicht durchschnittlich viel ferngesehen und am Computer gespielt. Rund 75 Prozent der Unterschicht benutzen den Fernseher mehr als drei Stunden am

Tag. Während die Oberschicht den Computer wegen des Internets und seinen Informationen nutzt, spielen die unteren Schichten damit und nutzen den PC für die Unterhaltung.

Die Demoskopen betonen, dass das Auseinanderdriften der sozialen Schichten keineswegs nur eine Frage der materiellen Ausstattung ist, sondern immer mehr eine Entwicklung unterschiedlicher Kulturen. Kinder wachsen unter immer unterschiedlicheren Voraussetzungen auf.

Der Glaube, mit mehr Geld würden sich die Schichten wieder angleichen und die unteren Schichten würden sich wieder mehr der Bildung zuwenden, scheint vor diesem Hintergrund naiv. Die soziale Unterschicht wird nicht durch Sozialtransfers Intellektuell aufgeweckt und unabhängig. Bildung bedeutet Eigenleistung und Anstrengung. Es scheint also vergeblich, immer mehr Geld von oben nach unten zu verteilen. Dadurch werden zwar die Fernseher und die Autos größer, die Bildungsbereitschaft jedoch nimmt nicht zu. Die Erziehung zur Selbstbildung wird mit dem Bürgergeld eher erschwert.

Wahrscheinliche wirtschaftliche Entwicklung

Noch weniger gibt es seriöse Schätzungen über die volkswirtschaftlichen Folgen einer Alimentierung aller. Bei schlagartiger Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens werden sich vermutlich einige Hunderttausend Menschen innerhalb kürzester Zeit aus ihren ungeliebten und anstrengenden Jobs verabschieden. Weitere Hunderttausend werden sich aus dem Schulunterricht und der beruflichen Ausbildung ausklinken. Dies wird ein deutlich spürbarer Produktivitätsrückgang, eine lang anhaltende Rezession (bei gleichzeitiger steigender Inflation?) und einen allmählichen Anstieg der Kriminalität zur Folge haben. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird im europäischen und internationalen Vergleich einbrechen. Der Staatshaushalt wird dadurch schwer belastet, eventuell muss das Bürgergeld gesenkt werden.

Die Befürworter gehen in ihren Berechnungen von der starken Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft und ihren enormen Transferleistungen aus. Diese werden aber schrumpfen wegen der Nebeneffekte des Bürgergeldes. Werner und Goehler zitieren einen unbekanntes Diplomanden, der herausgefunden haben will, dass ein 1000-Euro-Bürgergeld für alle Bundesbürger den Bundeshaushalt um nur 30 Milliarden Euro *zusätzlich* belasten wird. Abgesehen davon, dass demnächst eine Schuldenbremse gilt und bei derzeit rund 1750 Milliarden Euro Bundesschulden wohl kaum eine Mehrheit im Bundestag für eine Ausweitung des Schuldenstandes stimmen wird, so wird diese Summe angesichts der zu erwartenden Tal-fahrt der Wirtschaft höher liegen.

Aus der Befragung von Arbeitslosen weiß man, bis diese nach drei bis sechs Monaten unruhig und unzufrieden mit ihrem Schicksal werden. Ein Teil der Aussteiger wird relativ bald zurück ins Berufsleben wollen. Soziale Dienste werden vermutlich etwas mehr Zulauf erhalten. Für schlecht bezahlte Jobs wird man keine Arbeiter mehr finden, was bedeutet, dass

diese Jobs attraktiver gestaltet werden müssen, was darauf hinausläuft, die erhöhten Lohnkosten an die Verbraucher weiterzugeben, was zu der Erhöhung der Mehrwertsteuer hinzugerechnet werden muss. Die meisten werden sich über das zusätzliche Grundeinkommen freuen, bis die Hausbesitzer die Miete erhöhen. Wenn die gestaffelte Einkommenssteuer wegfällt, würden die Unterschiede zwischen arm und reich größer sein als heute.

Tatsächlich sind die Folgen schwer abzuschätzen. Es müssten Untergruppen der Bevölkerung gebildet werden, um einer Beantwortung der Frage nach den Folgen näher zu kommen. Es gibt große Unterschiede im Aktivitätsniveau, in der Einsatzbereitschaft, im Bildungsgrad und in der persönlichen Sinnggebung, die zu unterschiedlichen Handlungen und zu unterschiedlichen Ergebnissen führen werden. Ohne die Anreize eines höheren Gehalts (höher als die Grundsicherung) werden sich vermutlich nicht wenige beruflich zurückziehen und ein einfaches Leben führen wollen. Die Aussicht auf einen innovativen Aufbruch scheint eher gering und wird im Laufe der Jahre geringer, da viele keinen Anreiz zur Aus- und Weiterbildung mehr spüren werden. Die Aussicht auf ein staatlich finanziertes Schlaraffenland erscheint einigen deshalb als unbehaglich. Es gibt keine Erfahrungen mit so einem Modell. Es wird vermutlich auch keine geben können, da ein solches Modell nicht an einer definierten Bevölkerungsuntergruppen exemplarisch ausprobiert werden kann.

Angenommen, eine Million Arbeitnehmer geben innerhalb weniger Monate ihren Job auf und beschließen, erst einmal vom Bürgergeld zu leben. Das entspricht einem Schrumpfen der Wirtschaft um grob gerechnet 3 bis 4 Prozent und liegt in der Größenordnung der Rezession von 2008/09. Im Staatshaushalt täten sich neue Löcher auf, weil – im Werner-Modell, nicht im HWWI-Modell – die Steuereinnahmen aus Lohn und Einkommen sanken (die Mehrwertsteuer müsste sich wie gesagt verdoppeln). Die Staatsschulden würden weiter kräftig steigen müssen, um unattraktive kommunale und staatliche Jobs aufzuwerten, es sei denn, die Vertreter der Parteien und von Bund und Ländern würden sich auf eine Schuldenbremse im Grundgesetz einigen, was die Probleme aber nur auf eine andere Weise verschärfen würde. Die Staatsverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden betrug 2008 rund 1500 Milliarden Euro. Die Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht im Bundeshaushalt 2009 ein weiteres Loch von 80 Milliarden Euro. Aber ohnehin hat niemand mehr die Hoffnung, dass die Staatsverschuldung jemals reduziert werden könnte. Die gute Konjunktur 2007/08 sowie 2010/2011 ließ man in dieser Hinsicht ungenutzt verstreichen. Und niemand glaubt ernsthaft daran, dass die heute gestiegenen Staatsausgaben morgen wieder zurückgenommen werden.

Ungelöste Fragen

Das Konzept eines Grundeinkommens geht von einem abgeschlossenen Markt aus. Das allein bedeutet eine unrealistische Annahme. Es ist nicht denkbar, den deutschen Markt und das deutsche Staatsgebiet für ein solch weitreichendes Experiment aus den internationalen Verflechtungen herauszulösen. Wenn überhaupt, dann dürfen nur Menschen deutscher

Staatsangehörigkeit zu den Nutznießern gehören. Wenn nicht, würden vermutlich jährlich nicht mehr Hunderttausende, sondern Millionen nach Deutschland einwandern wollen. Sobald das Grundeinkommen sich für Migranten öffnen würde, bricht die Finanzierung umgehend ein. Für den Großteil der übrigen Welt ist die Aussicht auf ein deutsches Grundgehalt ohne Arbeit viel lukrativer als Arbeit zu Hause.

Zweitens bedarf es detaillierter Befragungen um herauszufinden, welche Bevölkerungsgruppe vermutlich wie reagieren wird. Die Unsicherheit zeigt sich beispielsweise an einer von Enno Schmidt präsentierten Statistik, laut der 90 Prozent der Befragten auch mit einem Grundeinkommen weiter arbeiten würden, aber 80 Prozent glauben, andere täten das nicht. Drittens ist die Frage ungeklärt, wie das System eingeführt werden soll: Schlagartig für alle, oder sukzessive mit den Neugeborenen, so dass spätestens in 100 Jahren alle Bundesbürger zu Sozialtransferempfängern geworden sein werden? Götz Werner gibt immerhin zu: „Würde man beides (1000 Euro Grundeinkommen und eine reine Konsumbesteuerung) über Nacht einführen, dann würden wohl in der Tat sowohl die öffentlichen Haushalte wie auch die private Wirtschaft zusammenbrechen.“ Bei schrittweiser Einführung würden öffentliche Haushalte wie auch die private Wirtschaft dann eben schrittweise zusammenbrechen.

Ein Überlegung wäre, eine Wahlfreiheit einzuführen: Eltern und Steuerbürger können wählen, ob sie das Grundeinkommen in Anspruch nehmen oder nicht. Es werden eine „Gruppe G“ (Grundeinkommen) und eine „Gruppe K“ (konservativ) gebildet. Das geht allerdings nicht mit der Finanzierung über eine Mehrwertsteuererhöhung, da nicht zu verantworten ist, die „Gruppe G“ durch die von der „Gruppe K“ zu zahlende, erhöhte MwSt zu finanzieren.

Grundsicherung Hartz-IV

In Deutschland gibt es eine Grundsicherung, früher hieß sie Sozialhilfe, heute spricht man von Hartz IV. Die Leistungen nach dem Sozialgesetz (Hartz IV) ermöglichen ein Leben auf niedrigem sozialen Niveau. Die Regelsätze sind knapp bemessen; ein Alleinstehender erhält 347 Euro im Monat, der Ehepartner 90% davon, Kinder je nach Alter 80 bis 60%. Hinzu kommen allerlei Zuschläge, und die Miet- und Heizkosten werden bis zu einer nicht allzu üppigen Obergrenze vollkommen übernommen. Für eine vierköpfige Familie summieren sich allein die Regelsätze auf mehr als 1100 € monatlich. Nimmt man die Zuschläge, einmalige Leistungen und sozusagen freie Unterkunft hinzu, steigt die Summe auf 1450 €. Das entspricht einem Bruttoeinkommen von 2230 € mit einem Stundenlohn für einen Alleinverdiener von 13 € brutto (bzw. knapp 9 € netto).

Ein Grundeinkommen von 800 Euro entspricht einem Nettolohn von nur 5 € für einen Alleinstehenden, jedoch 20 € netto für eine vierköpfige Familie mit einem Erwerbstätigen. Um dies als Arbeitseinkommen zu erzielen, müsste ein alleinverdienender Familienvater über einen Arbeitsvertrag mit rund 4450 € Bruttomonatslohn verfügen. Die Annahme, *eine* Million Arbeitnehmer würden unter diesen Bedingungen ihren Job hinwerfen und vom Bürgergeld le-

ben, erscheint da eher zu kurz gegriffen; vermutlich werden es mehr sein und die fiskalischen Auswirkungen noch gravierender.

Ob die Motivation zu arbeiten für derzeitige Harz-IV Empfänger noch mehr als ohnehin schon sinken würde, hängt vom Finanzierungsmodell ab. Wie der Bezug von monatlich 800 € bewertet wird, hängt davon ab, ob die Miete davon bezahlt werden muss oder nicht. Allein-stehende Sozialhilfeempfänger verschlechtern sich möglicherweise. Mit 1500 € hingegen ließe sich halbwegs anständig leben.

Für viele Erwerbslose mit einem einfachen Bildungshintergrund ist die Aufnahme einer Beschäftigung derzeit wenig attraktiv, weil damit die Übernahme der Miet- und Heizkosten durch den Staat wegfällt. Es lohnt sich nicht, für Löhne zu arbeiten, die unter dem Sozialhilfeniveau liegen, obwohl es einzelne gegen mag, die eine Arbeitstätigkeit dem Nichtstun vorziehen. Würden die Regelsätze steigen, so dass man von dem Transfereinkommen besser leben könnte, würden sich noch mehr keine Stelle suchen. Besonders für die Ehefrau lohnt es sich unter diesen Bedingungen nicht, eine Beschäftigung aufzunehmen. Harz IV ist damit ein impliziter Mindestlohn; für weniger als 13 Euro brutto lohnt es nicht zu arbeiten.

Der große Unterschied zum Grundeinkommen besteht darin, dass Sozialhilfe an bestimmte Bedingungen gebunden ist und nicht bedingungslos gezahlt wird. Ein Vergleich zwischen Sozialhilfe und Grundeinkommen ist deshalb nur schwer möglich. Harz-IV ebnet allerdings den Weg zum Grundeinkommen. Die ehemalige Armenfürsorge zur Linderung der nackten Not wandelte sich unter dem Sozialstaatspostulat zur Sozialhilfe, zur wertneutraleren Harz-IV-Zuwendung und jetzt zum Bürgergeld. Aus Armen wurden Hilfebedürftige wurden Hilfeempfänger wurden Leistungsempfänger. Die Dankbarkeit, nicht verhungern zu müssen, wandelte sich zu einem selbstverständlichen Anspruchsdenken. Der Begriff der relativen Armut hat alle Schleusen des bedingungslosen Anspruchsdenkens geöffnet. Es wird immer jemanden geben, der relativ ärmer ist. Je wohlhabender wir werden, desto größer die relative Armut – je reicher ein Land, desto ärmer die Bevölkerung. Daher das Geschacher um die Regelsätze für Harz-IV. Die Menschenwürde, ursprünglich als Sonderstellung des Menschen gegenüber den Tieren definiert, macht sich jetzt am Umfang des Bier- und Zigarettenkonsums fest.

Die heutige Sozialfürsorge wird betrieben mit dem Ziel, Armut und/oder Misserfolg vor den Augen der Anderen zu verbergen. Die Betroffenen sollen am öffentlichen Leben teilhaben, als ob sie ein normales Leben, d.h. auch ein normales Erwerbsleben führen. Aber wenn die Regelsätze auf ein „menschwürdiges Maß“ angehoben werden, gibt es keinen Grund mehr, sich wieder auf eigene Füße zu stellen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Heute wird von der Wohlfahrtindustrie und ihren Lobbyisten in Parlamenten und Parteien suggeriert, nicht mehr das Schicksal, mangelnde Bildung oder verfehltes Sozialverhalten seien schuld an der Lage der Sozialhilfeempfänger, sondern die zu niedrigen Regelsätze. Ihnen wird gesagt, sie tragen keine Schuld, schuld sei „der Staat“. Er verweigere ihnen die soziale Wiedergutmachung ihrer misslichen Lage. Das bedingungslose Grundeinkommen ist

der konsequente Endpunkt dieser Entwicklung. Nicht mehr der Sozialhilfeempfänger hat sich aus seiner unwürdigen Situation zu befreien, vielmehr hat der Staat für ein Auskommen zu sorgen, das dem eines normalen Erwerbstätigen entspricht. Die Selbstverantwortung ist damit prinzipiell ausgehebelt, könnte aber auf weitere Gebiete ausgeweitet werden. Warum nicht auch einen kostenlosen Gesundheitsdienst oder kostenlose Heizung und Miete fordern und anbieten? Aber was muss es für das Selbstgefühl und den Stolz eines Unterstützten auf Dauer bedeuten, wenn er in dieser Weise auf andere Leute Kosten leben muss? Und wird es überhaupt noch genügend Aktive geben, die die ausufernden Transferleistungen erarbeiten können?

* * *